Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der Evang. Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 9. Mai

1985

Inhalt:

	Seite		Seite
Dienstnachrichten	45	Erste theologische Prüfung im Frühjahr 1985 und praktisch-theologische Ausbildung	59
Ausschreibung von Pfarrstellen	46	Zweite theologische Prüfung im Frühjahr 1985 und Aufnahme unter die Pfarrvikare/Pfarrvikarinnen der Evang. Landeskirche in Baden	59
Bekanntmachungen:		Ordnung der theologischen Prüfungen (Berufung in den Beschwerdeausschuß)	60
Vereinbarung über den Übertritt im Bereich der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg	50	Beurlaubung von Lehrern und Schülern zum Deutschen Evangelischen Kirchentag	60
Kirchengesetz über den Datenschutz	51	Sammlung der Diakonie	60
Änderungstarifverträge zum BAT und zum MTL II sowie zu den Zuwendungstarifverträgen	54		

Dienstnachrichten

Entschließungen des Landesbischofs

Berufen auf Grund von Gemeindegewahl

(gemäß § 11 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):
Pfarrer Karl-Ludwig Simon in Pforzheim (Evang. Begegnungsstätte Hohenwart) zum Pfarrer der Thomasgemeinde in Karlsruhe.

Berufen

(gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. a
Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrvikar Wolfgang Becker in Walldürn (Pfarrstelle I) zum Pfarrer in Ichenheim, Pfarrvikar Friedhelm Sauer in Markdorf (Pfarrstelle II des Gruppenpfarramts) zum Pfarrer daselbst.

Berufen

(gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. c
Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrvikar Joachim Kiefer in Hausach zum Pfarrer daselbst.

Berufen

(gemäß § 14 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Schuldekan Pfarrer Richard Bader in Neckarburken zum hauptamtlichen Religionslehrer an der Kreisgewerbeschule mit Technischem Gymnasium in Mosbach als Pfarrer der Landeskirche.

Zugleich wird Herr Bader ab 1. 4. 1985 neben seinem Dienst als Schuldekan für den Kirchenbezirk Mosbach mit den Aufgaben des Schuldekans im Kirchenbezirk Adelsheim beauftragt. Diese Beauftragung gilt für die restliche Amtszeit als Schuldekan für den Kirchenbezirk Mosbach, das ist bis zum Ablauf des 31. Januar 1987.

Pfarrer Udo Bernecker in Lörrach zum Pfarrer und Leiter der Evang. Beratungsstelle für Ehe- und Lebensfragen im Landkreis Lörrach mit dem Dienstsitz in Lörrach für weitere 3 Jahre,

Pfarrer Harald Pfeiffer in Walldorf (Pfarrstelle II des

Gruppenpfarramts) zum Pfarrer der Pfarrstelle beim Berufsförderungswerk und der Rehabilitationsklinik in Heidelberg.

Entschließung des Landeskirchenrats

Beurlaubt:

Studentenpfarrer Christian Keller in Mannheim zur Übernahme einer Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Evangelische Theologie der Freien Universität Berlin.

Entschließungen des Oberkirchenrats

Beauftragt:

Pfarrer Johannes Georg Müller in Bödighem mit der Wahrnehmung der Anstaltsseelsorge bei der Vollzugsanstalt Bruchsal im Einvernehmen mit dem Justizministerium Baden-Württemberg.

Versetzt:

Pfarrvikar Waldemar Matuschek in Grötzingen nach Heidelberg (Petersstift), Pfarrvikar Reinhard Mentz in Lützelachsen nach Bretten (Melancthonpfarrei).

Eingesetzt:

Pfarrvikarin Renate Auffarth als Pfarrvikarin in Pforzheim (Thomasgemeinde) mit 3/4 Deputat, Pfarrvikar Dietmar Bader als Pfarrvikar in Heidelberg-Rohrbach (Ost- und Westgemeinde) mit 3/4 Deputat, Pfarrvikar Walter Baßler als Pfarrvikar in Ladenburg mit 3/4 Deputat, Pfarrvikarin Claudia Ewald-Freudenberger als Pfarrvikarin in Singen a.H. (Luthergemeinde) mit 3/4 Deputat, Pfarrvikar Ewald Förschler als Pfarrvikar in Ispringen mit 3/4 Deputat, Pfarrvikar Michael Göbelbecker als Pfarrvikar in Eppingen mit 3/4 Deputat, Pfarrvikar Arno Knebel als Pfarrvikar in Grötzingen mit 1/2 Deputat, Pfarrvikar Herbert Kumpf als Pfarrvikar in Lahr (Pfarrstelle I bei der Stiftskirche) mit 1/2 Deputat, Pfarrvikar Karl Menger als Pfarrvikar in Böhringen mit

1/2 Deputat, Pfarrvikar Bernhard Menzemer als Pfarrvikar in Furtwangen mit 3/4 Deputat, Pfarrvikar Bruno Nagel als Pfarrvikar in Mannheim (Johannesgemeinde) mit 1/2 Deputat, Pfarrvikarin Ulla Nagel als Pfarrvikarin in Mannheim (Epiphaniengemeinde) mit 1/2 Deputat, Pfarrvikarin Ines Odaischi als Pfarrvikarin in Ettlingen (Luthergemeinde) mit 3/4 Deputat, Pfarrvikarin Ruthild Schuh als Pfarrvikarin in Mannheim (Christusgemeinde-Ost) mit 1/2 Deputat, Pfarrvikar Gerd August Stauch als Pfarrvikar in Wertheim (Obere Pfarrei) mit 3/4 Deputat, Pfarrvikarin Doris Staufenberger als Pfarrvikarin in Hockenheim (Pfarrstelle I des Gruppenpfarramts) und zur Mithilfe in der Vakanzvertretung der Pfarrstelle II mit 3/4 Deputat, Pfarrvikar Reinhard Suter als Pfarrvikar in Elzach zur Mithilfe in der Vakanzvertretung mit 3/4 Deputat, Pfarrvikarin Christiane Vogel als Pfarrvikarin in Triberg mit 3/4 Deputat.

Beurlaubt auf Antrag:

Prof. Dr. Eberhard Tiesler bei der Evang. Fachhochschule für Sozialwesen, Religionspädagogik und Gemeindediakonie in Freiburg zum Dienst beim Diakonischen Werk der EKD in Stuttgart ab 1. 4. 1985,

Pfarrvikarin Annette Bassler, bisher in Freiburg (Auferstehungsgemeinde),

Pfarrvikar Axel-Werner Köckert in Heidelberg (Petersstift).

Ernannt:

Herr Joachim Lies beim Diakonischen Werk der Evang. Landeskirche in Baden zum Kirchenassessor unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe.

In den Ruhestand versetzt auf Antrag nach Erreichen der Altersgrenze:

Pfarrer Friedrich Wernz in Karlsruhe (Landesbeauftragter für Männerarbeit) auf 1. 5. 1985.

Gestorben:

Kirchenoberverwaltungsrat Georg Hübsch bei der Evang. Pflege Schönau in Heidelberg am 4. 4. 1985,

Pfarrer i.R. Albert Frank, zuletzt in Donaueschingen, am 5. 4. 1985,

Pfarrer i.R. Helmut Ludwig, zuletzt in Überlingen, am 16. 3. 1985.

Ausschreibung von Pfarrstellen

a) Erstmalige Ausschreibungen

(Bewerbungen innerhalb 5 Wochen)

Friedrichstal, Kirchenbezirk Karlsruhe-Land

Die Pfarrstelle Friedrichstal wird zum 1. 8. 1985 frei und ist ab 1. 2. 1986 neu zu besetzen. Die Evangelische Kirchengemeinde Friedrichstal hat ca. 2 600 Gemeindeglieder. Friedrichstal (4 300 Einwohner) ist Ortsteil der Gemeinde Stutensee (19 000 Einwohner). Alle Schularten (einschließlich Realschule und Gymnasium) sind in Stutensee vorhanden.

Die Gemeinde liegt ca. 12 km von Karlsruhe entfernt.

Der Ortskern von Friedrichstal geht auf hugenottische und wallonische Gründung zurück. Diese Tradition ist nach wie vor ein prägendes Element. Im letzten Jahrzehnt ist Friedrichstal stark gewachsen. Neue Aufgaben haben sich dadurch der Kirchengemeinde gestellt, die diese mit Hilfe vieler Mitarbeiter beherzt in Angriff genommen hat. Die dafür notwendigen Räumlichkeiten stehen zur Verfügung.

In der Evangelischen Kirchengemeinde finden sich:

Kirchenchor, Kindersingkreis, Posaunenchor, Frauenkreis (ältere Frauen) und Frauengesprächskreis (jüngere Frauen), Besuchsdienstkreis für Neuzugezogene, Kinderstunde, Buben- und Mädchenjungscharen, Gemeindejugend und Jugendbibelkreis, Kindergottesdiensthelferkreis, Gemeindebücherei.

Die AB-Gemeinschaft am Ort hält sich treu zur Kirchengemeinde.

Die Evangelische Kirchengemeinde ist Träger von zwei Kindergärten. Die Mitarbeiter im Kindergartenbereich arbeiten selbständig; weitere Mitarbeiter helfen bei der Verwaltung. Dies gilt auch für den Krankenpflegeverein. Die Krankenpflege wird von der Sozialstation Stutensee-Weingarten wahrgenommen.

Die Kontakte zur örtlichen katholischen Kirchengemeinde haben sich in den letzten Jahren recht eng gestaltet. Gemeinsame Aktivitäten wie der Weltgebetstag der Frauen, die ökumenische Bibelwoche, ökumenische Bußandachten und Seniorennachmittage sind ein Zeichen dafür.

Die Beziehungen zu den politischen und kulturellen Institutionen sind gut.

Der Pfarrstelleninhaber hat 6 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Dem Pfarrer und seiner Familie steht ein geräumiges, ruhig in einem großen Garten gelegenes Pfarrhaus zur Verfügung, das 1977 grundlegend renoviert wurde. Im Eingangsbereich befinden sich, vom Wohnbereich abgetrennt, das Amtszimmer und das Büro der Sekretärin.

Eine treue Gottesdienstgemeinde und ein großer Mitarbeiterkreis wartet und freut sich auf einen Pfarrer, der sich mit Liebe und Ernst der Gottesdienste annimmt, den Kontakt zu der Jugend aufrechterhält und dem seelsorgerlichen Besuch und Gespräch Zeit und Raum gibt. Darüber hinaus erhoffen sich die Mitarbeiter einen verständnisvollen Berater.

Besetzung dieser Pfarrstelle durch Gemeindevahl.

Bewerbungen innerhalb 5 Wochen unmittelbar beim Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

Freiburg, Pfarrstelle beim Diakonissenhaus, Kirchenbezirk Freiburg

Die Stelle des Pfarrers und Vorstehers am Diakonissenhaus Freiburg wird zum 1. 12. 1985 durch Zuruhesetzung des bisherigen Stelleninhabers frei. Sie wird als landeskirchliche Pfarrstelle durch die Landeskirche im Benehmen mit den Gesamtvorständen des Freiburger Dia-

konissenhauses, Kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts, und des Evang. Diakonissenkrankenhauses Freiburg i. Br., Verein mit Körperschaftsrechten, wiederbesetzt.

Dem Pfarrer am Freiburger Diakonissenhaus obliegt an der Diakonissenhauskirche im Stadtteil Herdern die gottesdienstliche Versorgung der Mutterhausgemeinde (Diakonissen, Verbandsschwestern und Mitarbeiter), wie die Seelsorge am gleichen Personenkreis, Pflege der Schwesternschaft im Kaiserwerther Verband nach dessen Ordnungen, z. B. durch Mitwirkung an den täglichen Andachten und am samstäglichen Wochenschluß. Er führt den Vorsitz im Geschäftsführenden Vorstand des Mutterhauses und ist als Mitglied in dessen Gesamtvorstand an der Koordination der Vorstandsarbeit beteiligt. Zu seinen Aufgaben gehören Pflege des Freundeskreises und Wahrung der Beziehungen zum Evangelischen Bund, er ist Mitglied des Evang. Kirchengemeinderats Freiburg mit beratender Stimme.

Der Pfarrer am Freiburger Diakonissenhaus ist kraft Satzung Vorsitzender des Geschäftsführenden Vorstandes (Krankenhausleitung) am neuerbauten, 1981 in Dienst gestellten Evang. Diakonienkrankenhauses Freiburg i. Br. in Freiburg-Landwasser, das über 195 Planbetten verfügt und die Betriebsträgerschaft über eine Übergangseinrichtung für psychisch Kranke (30 Plätze) und über ein Pflegeheim für Alterssklerotiker (104 Plätze) führt.

Der Pfarrer hat um das Proprium des Hauses als evangelisches Krankenhaus besorgt zu sein. Als Mitglied des Gesamtvorstandes obliegt ihm neben der Koordination der Vorstandsarbeit die Pflege des Trägervereins, der Beziehungen zu Mitarbeitervertretung und Johanniterorden; er hat einen Lehrauftrag an der Krankenpflegeschule des Hauses, vornehmlich im Fach Berufsethik. Im Wechsel mit der Krankenhausesseelsorgerin (Pfarrerin) hält er sonntags Gottesdienst in der Kapelle des Diakonienkrankenhauses.

Erwartet wird ein Pfarrer, der für seine pfarramtlichen Aufgaben in Verkündigung und seelsorgerlicher Gesprächsführung in besonderer Weise Erfahrungen mitbringt sowie befähigt ist, den zahlreichen Leitungsaufgaben in beiden Einrichtungen gerecht zu werden. Dazu gehören neben der Zusammenarbeit mit Kirchenbezirk, Kirchengemeinde und den anderen diakonischen Einrichtungen in Freiburg auch Kontakte zum Evangelischen Krankenhausverband und zu den anderen Krankenhäusern der Region, ebenso zu den Behörden und Verbänden der Öffentlichkeit.

Einen auf allen Arbeitsgebieten zu kooperativer Zusammenarbeit bereiten Pfarrer mit Offenheit für administrative Leitungsaufgaben erwartet ein großes und überaus interessantes Arbeitsfeld.

Dienstwohnung im Mutterhausbereich, Freiburg i. Br., Burgunderstraße 3, mit fünf Zimmern, Küche, Bad (zwei Balkonen), ist vorhanden.

Interessenten an dieser Pfarrstelle werden gebeten, dies dem Evang. Oberkirchenrat innerhalb 5 Wochen mitzuteilen.

Mannheim, Studentenpfarrstelle, Kirchenbezirk Mannheim

Bei der Evangelischen Studentengemeinde in Mannheim, einer Stadt mit etwa 15000 Studierenden an Uni-

versität und Fachhochschulen, ist die Stelle eines/einer Studentenpfarrers/-pfarrerin zu besetzen.

Die Studentengemeinde wünscht eine/n Partner/in, der/die angesichts des noch begrenzten Spielraums für Reformen sowie verschlechterter Studienbedingungen und düsterer beruflicher Perspektiven mit uns nach Möglichkeiten sucht, in einem vielfach von Egoismus und Resignation geprägten Klima an den Hochschulen einen Hoffnung begründeten Freiraum des menschlichen Mit- und Füreinander zu schaffen.

Den besonders benachteiligten ausländischen Kommilitonen beizustehen, soll ihm/ihr ein persönliches Anliegen sein. Kommunikatives Geschick und Integrationsfähigkeit soll die Verbindung zwischen den verschiedenen Arbeitskreisen erleichtern. Bereitschaft zu ökumenischer Zusammenarbeit sowie Kontaktfähigkeit in Verbindung mit Problembewußtsein werden die Stellung des ESG im Hochschulbereich stärken.

Der/die zukünftige Pfarrer/in findet einen kooperativen Mitarbeiterkreis vor, der engagierte Arbeit leistet. Ihm/ihr steht eine engagierte Halbtagssekretärin mit langjähriger Erfahrung zur Seite.

Der Berufung durch die Kirchenleitung geht eine Gemeindewahl voraus.

Bewerbungen innerhalb 5 Wochen an den Evang. Oberkirchenrat Karlsruhe; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

b) Nochmalige Ausschreibungen

(Bewerbungen innerhalb 3 Wochen)

Hockenheim, Pfarrstelle II des Gruppenpfarramtes, Kirchenbezirk Oberheidelberg

Die Pfarrstelle II des seit 1970 bestehenden Gruppenpfarramtes soll baldmöglichst neu besetzt werden. Der Kirchengemeinderat sucht einen Pfarrer, der bereit ist, zusammen mit dem Teampartner (seit 1. 10. 1976 auf der Pfarrstelle I) die vielfältige Arbeit in der Gemeinde zu tun.

Hockenheim liegt im Großraum Mannheim-Heidelberg. Die Evangelische Kirchengemeinde hat über 7000 Gemeindeglieder, und umfaßt damit knapp die Hälfte der ca. 16.000 Einwohner unserer Stadt. Das Gruppenpfarramt ist in zwei Seelsorgebezirke gegliedert. Das hat nach den bisherigen Erfahrungen den Vorteil, daß beide Partner klar umrissene Arbeitsgebiete, und die Gemeindeglieder jeweils eine feste Bezugsperson haben. Kasualdienst und Konfirmandenunterricht sind an die Seelsorgebezirke gebunden. Darüber hinaus haben sich die Pfarrer bisher gesamtgemeindliche Aufgaben funktional aufgeteilt. Zum Team gehört eine Gemeindeglied, die schwerpunktmäßig den Bereich „Jugendarbeit“ abdeckt. Der Predigtendienst am Wochenende umfaßt drei Gottesdienste: Der Vorabendgottesdienst am Samstagabend und der Hauptgottesdienst am Sonntag finden in der vor 75 Jahren erbauten und vor wenigen Jahren grundrenovierten Kirche statt; der Spätgottesdienst am Sonntagvormittag ist im „Jugendheim“. Jeder Pfarrer hat in der Regel alle vierzehn Tage Gottesdienst zu halten.

Die Gemeinde unterhält drei Kindergärten (insgesamt 8 Gruppen). Es sind 2 Gemeindehäuser vorhanden: das

Lutherhaus (1981 innen gründlich renoviert) und das „Jugendheim“ (Predigtstelle).

Am Ort befindet sich eine Sozialstation, die gemeinsam mit den Kirchengemeinden der Nachbarorte Altlußheim, Neulußheim und Reilingen betrieben wird. Die katholischen Gemeinden sind angeschlossen.

Beide Pfarrhäuser liegen gegenüber der Kirche. Das dem Bewerber zur Verfügung stehende Haus wurde 1972 erbaut und hat 5 Wohnräume und ein Arbeitszimmer; dazu gehört ein kleiner Garten mit Terrasse.

Die Räume der Pfarramtsverwaltung befinden sich im alten Pfarrhaus. An haupt- und nebenamtlichen Mitarbeitern stehen zur Verfügung: eine Pfarramtssekretärin (ganztags), ein Kirchendienerpaar (voll- und zeitbeschäftigt), ein Organist, der zugleich den Kirchenchor leitet, sowie Erzieherinnen und Gemeindepfarrschwester.

Zahlreiche Kreise tragen das Leben in der Gemeinde.

Das Verhältnis zur katholischen und methodistischen Gemeinde ist außerordentlich gut und intensiv. Der Bewerber sollte ökumenische Offenheit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mitbringen.

Sämtliche Schulen bis zum Gymnasium sind am Ort. Vom Bewerber sind 6 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Mannheim, Versöhnungsgemeinde, Kirchenbezirk Mannheim

Die Pfarrstelle wird zum 1. 5. 1985 infolge Berufung des Gemeindepfarrers auf eine andere Pfarrstelle frei. Die Pfarrstelle ist ab 1. 9. 1985 neu zu besetzen. Zur Pfarrstelle gehört die Erteilung von vier Stunden Religionsunterricht.

Die Versöhnungsgemeinde liegt im Zentrum des südlichsten Stadtteils von Mannheim. Sie hat 4000 Gemeindeglieder. Rheinau ist seiner Tradition nach Arbeitervorort, hat jedoch inzwischen durch städtebauliche Maßnahmen (Preis der Landesregierung für „Wohnen am Stadtrand“) eine sozial gemischte Einwohnerstruktur.

Die Kirche wurde 1965, das mit der Kirche verbundene Gemeindehaus 1962 erbaut. Das Pfarrhaus ist 1907 erbaut und beim letzten Stellenwechsel 1977 renoviert worden. Im Erdgeschoß ist das Amtszimmer des Pfarrers, das Büro der Sekretärin und des Gemeindediakons sowie ein Sitzungszimmer und die Gemeindepfarrdruckerei. Im ersten Obergeschoß ist die Pfarrwohnung mit 4 Zimmern, im zweiten Obergeschoß wohnt die Kirchendienerin mit Familie.

Der Gemeindediakon kümmert sich schwerpunktmäßig um den Bereich Kinder/Jugendarbeit und arbeitet selbständig im Konfirmanden-Unterricht mit.

Neben Kinder- und Jugendkreisen gibt es: Singkreis, Frauenkreise, Besuchskreis, Jugendband, monatlicher Gesprächsabend, monatlicher Gemeindestammtisch nach dem Gottesdienst. Verschiedene Gottesdienstformen sind erprobt.

Im Gemeindehaus findet offene Jugendarbeit für Arbeiterjugendliche, insbesondere jugendliche Arbeitslose, ein Projekt des Evang. Jugendwerks Mannheim, statt.

Der Evang. Gemeindeverein ist Träger eines Kindergartens mit zwei Gruppen und Mitglied in der Evang. Sozialstation Mannheim-Süd.

Zur katholischen Gemeinde besteht ein sehr guter Kontakt. Gemeinsame Veranstaltungen wie z. B. ökumenische Bibelwoche, ökumenischer Gottesdienst, ökumenische Studienreise gehören zur ökumenischen Arbeit der Gemeinde. Der Kontakt soll weitergepflegt und kann ausgebaut werden.

Der für alle Probleme offene Ältestenkreis wünscht sich für die Gemeinde einen Pfarrer/eine Pfarrerin, der/die die Botschaft der Versöhnung verkündigt, deren Konsequenzen für jeden einzelnen, für Kirche und Gesellschaft mit einbezieht und die Gemeinde als Heimat für viele Suchende anzubieten bereit ist.

Plankstadt, Kirchenbezirk Oberheidelberg

Wegen Berufung des jetzigen Stelleninhabers an eine Hochschule wurde die Pfarrstelle der Evangelischen Kirchengemeinde Plankstadt zum 1. 4. 1985 frei und ist ab 1. 9. 1985 neu zu besetzen. Die Gemeinde wünscht sich einen Pfarrer, der sich dem reformatorischen Erbe christlichen Glaubens, wie es auch in der Theologischen Erklärung von Barmen zum Ausdruck kommt, verpflichtet weiß.

Plankstadt liegt verkehrsgünstig ca. 6 km südlich von Heidelberg. Zur Kirchengemeinde gehören etwa 4000 Gemeindeglieder. Grund- und Hauptschule befinden sich am Ort, alle weiterführenden Schulen sind in den unmittelbar angrenzenden Ortschaften Schwetzingen und Eppelheim vorhanden.

Auf den künftigen Stelleninhaber warten eine aufgeschlossene Gemeinde und ein kooperationsfreudiger Kirchengemeinderat. Das Pfarrhaus wurde 1982 errichtet, die Fertigstellung des neuen Gemeindezentrums ist für diesen Sommer zu erwarten. Ebenfalls ist die 1753 im Weinbrenner-Stil erbaute Kirche im vergangenen Jahr innen völlig renoviert worden. Zum Verantwortungsbereich der Gemeinde gehört ein dreigruppiger Kindergarten mit Tagesstätte, dessen Mitarbeiterinnen auf eine Fortführung der inhaltlichen Zusammenarbeit mit dem neuen Pfarrer Wert legen. Die Kirchengemeinde Plankstadt ist dem Rechnungsamt Neckargemünd angeschlossen. Sie ist Mitglied der Evang. Diakoniestation Schwetzingen e.V.

In seiner vielfältigen und abwechslungsreichen Tätigkeit wird der Stelleninhaber zur Zeit unterstützt von einem Pfarrvikar, einer Diakoniehelferin, einem hauptberuflichen Kirchendiener und einer Pfarramtssekretärin (15 Stunden wöchentlich). Er sollte besonders in der Lage sein, die vielfältigen Kreise und Gruppen in der Gemeinde anzusprechen, unterschiedliche Meinungen zu integrieren und für sie offen zu sein. Die Jugendarbeit ist zur Zeit in einem Neuaufbau begriffen; inhaltliche, auf die Gemeinde bezogene Impulse, werden dankbar aufgenommen.

Der Pfarrstelleninhaber hat 4 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Die Verbindung zur katholischen Gemeinde, bisher vor allem durch regelmäßige ökumenische Frauentreffen und gemeinsame Veranstaltungen geprägt, ist noch ausbaufähig. Ein guter Kontakt besteht zur politischen Gemeinde.

Überlingen, Johannesgemeinde (Sitz Owingen),

Kirchenbezirk Überlingen-Stockach

Zum 1. 10. 1984 ist innerhalb der Kirchengemeinde Überlingen eine 3. Pfarrstelle errichtet worden (Johannesgemeinde) mit Zentrum in Owingen (Wohnort des Pfarrers/der Pfarrerin). Ihr Gebiet umfaßt Owingen mit umliegenden Ortsteilen. Owingen hat ca. 3000 Einwohner, liegt 7 km von Überlingen entfernt in landschaftlich reizvoller Umgebung. Grund- und Hauptschule befinden sich am Ort, alle weiterführenden Schulen in Überlingen.

Die Johannesgemeinde hat ca. 800 Gemeindeglieder. In Owingen wurde 1971 eine evangelische Kirche erbaut, in der wöchentlich Gottesdienst gehalten wird.

Zu der Pfarrstelle gehört mit 50 % des Gesamtdeputats ein **Seelsorgeauftrag am Städtischen Krankenhaus Überlingen** (ca. 300 Betten) mit den Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie sowie Belegbetten anderer Fachrichtungen. In der Kapelle des Krankenhauses wird 14tägig Gottesdienst gehalten.

Die Gemeinde wünscht sich einen Pfarrer/eine Pfarrerin mit Pioniergeist, der/die vor der Aufgabe eines Neuanfangs nicht zurückschreckt. Er/Sie sollte bereit sein zu enger Kooperation mit den Mitarbeitern der beiden anderen Überlinger Pfarrgemeinden und sollte Interesse an Kontakten mit der katholischen Gemeinde haben.

Der Pfarrstelleninhaber hat 6 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Wittlingen, Kirchenbezirk Lörrach

Die Pfarrstelle ist durch Zuruhesetzung des bisherigen Stelleninhabers ab 1. 9. 1985 neu zu besetzen.

Mitzuverwalten ist die selbständige Kirchengemeinde Schallbach.

Die Gemeinden liegen im vorderen Kandertal. Basel liegt 10 km, Weil, Lörrach, Kandern und die französische Grenze liegen jeweils ca. 7 km von den Gemeinden entfernt.

In Lörrach, Weil und Kandern sind sämtliche Schularten vorhanden. Die Nahverkehrsverbindungen werden durch Schulbusse ergänzt. Beide Gemeinden sind selbständig und gehören zum Verwaltungsverband Vorderes Kandertal, dem auch die Grund- und Hauptschulen unterstellt sind.

Wittlingen und Schallbach liegen nur 2 km auseinander. Beide Gemeinden sind in den letzten Jahren stark gewachsen und haben je ca. 550 Einwohner bei ca. 80% evang. Gemeindegliedern. Es sind 2 selbständige Kirchengemeinden mit Kirche, Pfarrhaus und Kirchengemeinderat.

Die Kirche in Wittlingen wurde 1774 erbaut und in den letzten Jahren renoviert.

In Wittlingen wird das historische Pfarrhaus frei. Es hat ca 260 m² Nutzfläche mit 8 Zimmern, Küche + Bad. Die letzte Renovierung erfolgte 1976. Eine Warmwasserzentralheizung wurde 1981 eingebaut.

Die ehemalige Pfarrscheune wurde zu einem Gemeindesaal mit Nebenräumen und moderner Küche umgebaut.

Die Kirche in Schallbach wurde 1975 grundlegend restauriert und erhielt vor zwei Jahren neue Glocken. Im gemeindeeigenen Pfarrhaus ist die Wohnung im 1. OG z. Z. vermietet. Im Erdgeschoß sind Dienstzimmer, Gemeinderaum, Küche eingebaut.

In beiden Gemeinden besteht:

- ein evang. Frauenverein, der die Gemeindegemeinschaft mitträgt
- eine Spielstube
- eine Krankenpflegerin
- eine kleine AB-Gemeinschaft, die sich treu zur Kirche hält
- ein festes Arbeitsverhältnis für Organist und Kirchen-diener.

Der Gottesdienst findet sonntäglich in beiden Gemeinden statt. Kindergottesdienst, Jugend- und Kinderarbeit werden von Mitgliedern der Gemeinde und durch die Chrischona-Bibelschule begleitet.

Die Zusammenarbeit mit den pol. Gemeinden und den örtlichen Vereinen ist gut, es bestehen volksskirchliche Traditionen.

Einen aktiven Pfarrer bzw. Pfarrerin erwartet ein breites Tätigkeitsfeld in der dörflichen Gemeinschaft.

Besetzung der vorgenannten Pfarrstellen durch Gemeindegewahl.

Bewerbungen innerhalb 3 Wochen unmittelbar beim Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

Bödigheim, Kirchenbezirk Adelsheim

Die Pfarrstelle ist ab 1. 10. 1985 neu zu besetzen.

Zur Patronatspfarrei Bödigheim gehören ca. 950 Gemeindeglieder, davon 250 im Nebenort Seckach.

Bödigheim ist Ortsteil der 6 km entfernten Stadt Buchen. Hier finden sich alle Schularten gut erreichbar, Grundschule ist am Ort. Die Gemeinde hat drei Predigtstellen: In Bödigheim ist wöchentlich, in Seckach 14-tägig und im Kinder- und Jugenddorf Klinge/Seckach monatlich Gottesdienst.

In Bödigheim befindet sich eine schöne alte Kirche in baulich gutem Zustand. Die kleine Kirche in Seckach wurde 1958 erbaut. Im Kinderdorf finden die Gottesdienste in der kath. Kirche statt. In der Bödigheimer Kirche ist die katholische Gemeinde zu Gast.

Ein 200 Jahre altes Pfarrhaus mit Gemeindesaal, 68/75 generalrenoviert, mit großem Garten steht zur Verfügung.

Die Kirchengemeinde betreibt einen eingruppigen Kindergarten, sie ist dem Rechnungsamt Tauberbischofsheim und der Sozialstation Buchen angeschlossen.

In Bödigheim sind alle Aktivitäten des gemeindlichen Lebens möglich. Eine besondere Note erhält die Arbeit durch das Kinderdorf, in dem neben dem Religionsunterricht ein eigener Konfirmandenunterricht angemessen erscheint.

Die ökumenischen Kontakte sind gut und können ausgebaut werden, die Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung und den Vereinen ebenfalls. Der Bezirkskantor

der Kirchenbezirke Adelsheim und Boxberg ist Angestellter der Kirchengemeinde und steht mit $\frac{1}{3}$ Deputat zur Verfügung.

Der Pfarrstelleninhaber hat mindestens 8 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen. Darüber hinaus erwartet der Bezirkskirchenrat die Übernahme einer Bezirksaufgabe.

Besetzung der vorgenannten Pfarrstelle gemäß VO vom 28. 10. 1975.

Bewerbungen sind innerhalb 3 Wochen mit einem Lebenslauf an Herrn Adolf Freiherr Rüdert von Collenberg, Schloß Bödighheim, 6967 Buchen, mit einer Durchschrift

an den Evang. Oberkirchenrat zu richten; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

Die Bewerbungen

a) für die **erstmaligen Ausschreibungen** müssen bis spätestens **13. Juni 1985** abends und

b) für die **nochmaligen Ausschreibungen** bis spätestens **30. Mai 1985** abends schriftlich beim Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe bzw. Herrn Adolf Freiherr Rüdert von Collenberg, Schloß Bödighheim, in 6967 Buchen eingegangen sein.

Bekanntmachungen

OKR 12. 3. 1985
Az. 11/31

Vereinbarung über den Übertritt im Bereich der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg

Nachstehend geben wir die Vereinbarung über den Übertritt im Bereich der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg bekannt (vgl. §§ 10 Nr. 2 und 13 des Kirchengesetzes über die Kirchenmitgliedschaft der EKD vom 10. 11. 1976 (GVBl. S. 65):

Vereinbarung über den Übertritt im Bereich der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg

Zwischen den folgenden unterzeichneten Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg

Die Heilsarmee – Divisionshauptquartier Süd
Europäisch-Festländische Brüder-Unität
Evangelische Landeskirche in Baden
Evangelische Landeskirche in Württemberg
Evangelisch-Lutherische Kirche in Baden
Evangelisch-methodistische Kirche in Baden
Evangelisch-methodistische Kirche in Württemberg
Christlicher Gemeinschaftsverband Mülheim an der Ruhr
Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche

wird folgende Vereinbarung geschlossen:

Die vertragsschließenden Kirchen sind sich ihrer Gemeinsamkeit im Glauben an den einen Herrn Jesus Christus, der Haupt der Kirche und Herr der Welt ist, bewußt und bejahen ihre Verpflichtung, bestehende und aufkommende Schwierigkeiten abzubauen und ein Klima des Vertrauens untereinander zu schaffen und zu erhalten. Dem dient auch die folgende Regelung für den Übertritt von Kirche zu Kirche. Dabei sind sich die vertragsschließenden Kirchen darüber einig, daß der Übertritt, sofern er den Wechsel der Konfession einschließt, nur aus Glaubens- und Gewissensgründen erfolgen soll.

§ 1

(1) Will ein Kirchenmitglied zu einer anderen vertragschließenden Kirche, die im Bereich seines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes tätig ist, übertreten, so kann es bei dem zuständigen Pfarrer dieser Kirche seine Aufnahme beantragen. Für Kirchenmitglieder unter 14 Jahren richtet sich die Berechtigung zu dieser Erklärung nach dem Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 (RGBl. S. 939).

(2) Das Aufnahmegesuch ist dem zuständigen Pfarrer persönlich zu erklären. Dieser hat über die Erklärung eine Niederschrift aufzunehmen. Die Erklärung darf keine Vorbehalte, Bedingungen oder Zusätze enthalten. Die Aufnahme erfolgt nach der Ordnung der jeweiligen Kirche.

§ 2

(1) Von der Stellung eines Aufnahmegesuches ist von dem Pfarrer, bei dem das Aufnahmegesuch gestellt worden ist, dem zuständigen Pfarramt derjenigen Kirche unverzüglich Mitteilung zu machen, welche das Kirchenmitglied verlassen will. Die Aufnahme darf nicht vor Ablauf von 4 Wochen von dieser Mitteilung an gerechnet erfolgen. Bis zur Aufnahme kann das Aufnahmegesuch schriftlich zurückgenommen werden.

(2) Wird der Übertretende aufgenommen, so endet die Zugehörigkeit zu seiner bisherigen Kirche und beginnt die Mitgliedschaft in der aufnehmenden Kirche am ersten Tag des auf die Aufnahme folgenden Monats. Das Pfarramt der aufnehmenden Kirche übersendet eine beglaubigte Urkunde über die vollzogene Aufnahme an die Meldebehörde*) sowie den Standesbeamten die/der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt des Übertretenden zuständig ist. In gleicher Weise wird die vollzogene Aufnahme unverzüglich dem Pfarramt der Kirche mitgeteilt, die der Übertretende verläßt.

(3) Erfolgt ein Übertritt nach den Bestimmungen von § 1 und § 2 Abs. 1 und 2, so ist ein Austritt nach staatlichem Recht nicht erforderlich. Hinsichtlich der bürgerlichen Wirkung gelten die staatlichen Bestimmungen.

§ 3

Die Kirchenleitungen der vertragsschließenden Kirchen werden etwaige bei Anwendung dieser Vereinbarung auftretende Meinungsverschiedenheiten im Wege gültlicher Regelung bereinigen.

*) Die Mitteilung an die Meldebehörde entfällt, wenn bei dem Übertritt keine öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft beteiligt ist.

§ 4

(1) Diese Vereinbarung tritt am 1. Juli 1985 in Kraft. Das Inkrafttreten dieser Vereinbarung wird der Regierung des Landes Baden-Württemberg angezeigt.

(2) Weitere Kirchen, die die Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg anerkennen, können mit Zustimmung der unterzeichneten Kirchen der Vereinbarung beitreten.

(3) Nach dreijähriger Laufzeit der Vereinbarung werden die mit der Vereinbarung gemachten Erfahrungen überprüft und auf Antrag mindestens einer unterzeichneten Kirche Verhandlungen über eine Änderung der Vereinbarung aufgenommen. Jede antragstellende Kirche hat das Recht, sich frühestens nach Ablauf von fünf Jahren seit Inkrafttreten der Vereinbarung durch schriftliche Erklärung gegenüber den anderen unterzeichneten Kirchen von der Vereinbarung zu lösen. Die Erklärung ist spätestens drei Monate vorher anzukündigen.

Stuttgart, den 13. November 1984

Die Heilsarmee - Divisionshauptquartier Süd
Jacob Höhn
(Major)

Bad Boll, den 15. November 1984

Europäisch-Festländische Brüder-Unität
Hans-Beat Motel
(Direktor)

Karlsruhe, den 8. Oktober 1984

Evangelische Landeskirche in Baden
- Der Landeskirchenrat -
Dr. Klaus Engelhardt
(Landesbischof)

Stuttgart, den 11. Dezember 1984

Evangelische Landeskirche in Württemberg
Hans von Keler
(Landesbischof)

Baden-Baden, den 4. Dezember 1984

Evangelisch-Lutherische Kirche in Baden
Gottfried Daub
(Superintendent)

Karlsruhe, den 4. Dezember 1984

Evangelisch-methodistische Kirche in Baden
Theodor Mann
(Superintendent)

Stuttgart, den 19. November 1984

Evangelisch-methodistische Kirche in Württemberg
Herbert Meininger
(Superintendent)

Karlsruhe, den 4. Dezember 1984

**Christlicher Gemeinschaftsverband
Mülheim an der Ruhr**
Dr. Wolfgang Meissner
(Pastor)

Stuttgart, den 4. Dezember 1984

Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche
Gustav Hildebrandt
(Superintendent)

OKR 12. 3. 1985
Az. 14/83

**Kirchengesetz über den
Datenschutz**

Die 6. Synode der Evang. Kirche in Deutschland hat auf ihrer 7. Tagung aufgrund von Artikel 10 Buchst. a der Grundordnung (EKD) das Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über den Datenschutz vom 7. November 1984 beschlossen (ABL. EKD S. 506 ff.) und damit das Kirchengesetz über den Datenschutz vom 10. November 1977 (GVBl. 1978 S. 91 ff.) geändert.

Die Neufassung des Kirchengesetzes über den Datenschutz wird in der ab 16. November 1984 auch im Bereich der Evang. Landeskirche in Baden geltenden Fassung bekannt gemacht.

**Kirchengesetz über den Datenschutz
in der Fassung vom 7. November 1984**

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Kirchengesetz gilt für die kirchlichen Behörden und sonstige kirchliche Dienststellen sowie ohne Rücksicht auf deren Rechtsform für die kirchlichen Werke und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Gliedkirchen.

(2) Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Gliedkirchen führen jeweils für ihren Bereich über die kirchlichen Werke und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, für die dieses Kirchengesetz gilt, eine Übersicht.

§ 2

Aufgabe des Datenschutzes
im kirchlichen Bereich

(1) Aufgabe des Datenschutzes im kirchlichen Bereich ist es, die in den Gemeindegliederverzeichnissen und anderen kirchlichen Dateien enthaltenen personenbezogenen Daten bei der Datenverarbeitung vor Mißbrauch zu schützen.

(2) Die besonderen Bestimmungen über den Schutz des Beicht- und Seelsorgegeheimnisses sowie über die Amtsverschwiegenheit der Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter gehen den Vorschriften dieses Kirchengesetzes vor.

(3) Unberührt bleibt das Recht der Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter, in Wahrnehmung ihres Seelsorgeauftrages eigene Aufzeichnungen zu führen und zu verwenden.

§ 3

Datennutzung im kirchlichen Bereich

(1) Die in § 1 bezeichneten kirchlichen Stellen dürfen geschützte personenbezogene Daten nur für die Erfüllung ihrer Aufgaben verarbeiten und nutzen. Den Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern ist es untersagt, diese Daten zu einem anderen Zweck zu nutzen.

(2) Die in § 1 bezeichneten kirchlichen Stellen, Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter sind zur Einhaltung der Bestimmungen verpflichtet, die zum Schutz der personenbezogenen Daten vor Mißbrauch erlassen sind.

§ 4

Durchführung des Datenschutzes

- (1) Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Gliedkirchen sind jeweils für ihren Bereich für die Einhaltung eines ausreichenden Datenschutzes verantwortlich.
- (2) Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Gliedkirchen stellen jeweils für ihren Bereich sicher, daß eine Übersicht geführt wird über
1. die Art der gespeicherten personenbezogenen Daten,
 2. die Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist, und
 3. deren regelmäßige Empfänger.

§ 5

Auskunft an den Betroffenen

- (1) Betroffenen Personen ist auf Antrag Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten zu erteilen. In dem Antrag soll die Art der personenbezogenen Daten, über die Auskunft erteilt werden soll, näher bezeichnet werden.
- (2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit
1. die Auskunft die Erfüllung des der speichernden Stelle obliegenden kirchlichen Auftrages gefährden würde,
 2. die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, namentlich wegen der überwiegenden berechtigten Interessen einer dritten Person, geheimgehalten werden müssen.

§ 6

Berichtigung von Daten

Personenbezogene Daten sind zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind.

§ 7

Beauftragte für den Datenschutz

- (1) Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Gliedkirchen bestellen jeweils für ihren Bereich einen Beauftragten für den Datenschutz. Die Gliedkirchen können bestimmen, daß für ihren diakonischen Bereich ein besonderer Beauftragter für den Datenschutz bestellt wird.
- (2) Zum Beauftragten für den Datenschutz darf nur bestellt werden, wer die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Fachkunde und Zuverlässigkeit besitzt. Er ist auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten und die Einhaltung der kirchlichen Ordnungen zu verpflichten.
- (3) Der Beauftragte für den Datenschutz ist in Ausübung seines Amtes an Weisungen nicht gebunden und nur dem kirchlichen Recht unterworfen.
- (4) Der Beauftragte für den Datenschutz ist verpflichtet, über die ihm amtlich bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Die Verpflichtung besteht auch nach Beendigung des Amstverhältnisses.

Der Beauftragte für den Datenschutz darf, auch wenn er nicht mehr im Amt ist, über Angelegenheiten, die der Verschwiegenheit unterliegen, ohne Genehmigung seines Dienstherrn weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben; die gesetzlich begründete Pflicht, Straftaten anzuzeigen, bleibt unberührt.

(5) Der Beauftragte für den Datenschutz bei der Evangelischen Kirche in Deutschland untersteht der Rechtsaufsicht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Dienstaufsicht des Präsidenten des Kirchenamtes.

(6) Die Gliedkirchen regeln die Rechtsstellung der Beauftragten für den Datenschutz jeweils für ihren Bereich.

(7) Für die kirchlichen Werke und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit ist ein Betriebsbeauftragter für den Datenschutz zu bestellen. Er hat die Einhaltung der Bestimmungen über den Datenschutz sicherzustellen und arbeitet mit dem Beauftragten für den Datenschutz (Absatz 1) zusammen. Für mehrere Werke und Einrichtungen kann ein gemeinsamer Betriebsbeauftragter für den Datenschutz bestellt werden.

§ 8

Aufgaben des Beauftragten für den Datenschutz

(1) Der Beauftragte für den Datenschutz wacht über die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Zu diesem Zweck kann er Empfehlungen zur Verbesserung des Datenschutzes geben und die in § 1 bezeichneten kirchlichen Stellen in Fragen des Datenschutzes beraten. Auf Anforderung der kirchenleitenden Organe hat der Beauftragte für den Datenschutz Gutachten zu erstatten und Berichte zu geben.

(2) Die in § 1 bezeichneten kirchlichen Stellen sind verpflichtet, den Beauftragten für den Datenschutz bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Ihm ist Auskunft auf Fragen sowie Einsicht in alle Unterlagen und Akten über die Verarbeitung personenbezogener Daten zu geben, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme; ihm ist jederzeit Zutritt zu allen Diensträumen zu gewähren.

(3) Der Beauftragte für den Datenschutz führt ein Register der automatisch betriebenen Dateien, in denen personenbezogene Daten gespeichert werden. Das Register kann von jedem eingesehen werden, der ein berechtigtes Interesse nachweist. Die in § 1 bezeichneten kirchlichen Stellen sind verpflichtet, die von ihnen automatisch betriebenen Dateien bei dem Beauftragten für den Datenschutz anzumelden.

(4) Die kirchlichen Beauftragten sollen untereinander und mit den staatlichen und kommunalen Beauftragten für den Datenschutz zusammenarbeiten.

§ 9

Anrufung des Beauftragten für den Datenschutz

Wer darlegt, daß er bei der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch eine der in § 1 bezeichneten kirchlichen Stellen in seinen Rechten verletzt worden ist, kann sich an den Beauftragten für den Datenschutz wenden, wenn die zuständige Stelle nicht abhilft.

§ 10

Beanstandungsrecht des Beauftragten für den Datenschutz

- (1) Stellt der Beauftragte für den Datenschutz Verstöße gegen die Datenschutzbestimmungen oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten fest, so beanstandet er dies gegenüber den zuständigen kirchlichen Stellen und fordert zur Stellungnahme innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist auf.
- (2) Der Beauftragte für den Datenschutz kann von einer Beanstandung absehen oder auf eine Stellungnahme verzichten, wenn es sich um unerhebliche Mängel handelt.
- (3) Mit der Beanstandung kann der Beauftragte für den Datenschutz Vorschläge zur Beseitigung der Mängel und zur sonstigen Verbesserung des Datenschutzes verbinden. Wird der Beanstandung nicht abgeholfen, so ist der Beauftragte für den Datenschutz befugt, sich an das jeweilige kirchenleitende Organ zu wenden.
- (4) Die gemäß den Vorschriften des Absatzes 1 abzugebende Stellungnahme soll auch eine Darstellung der Maßnahmen enthalten, die aufgrund der Beanstandung des Beauftragten für den Datenschutz getroffen worden sind.

§ 11

Ergänzende Bestimmungen

- (1) Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erläßt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung der Kirchenkonferenz Bestimmungen zur Ergänzung und Durchführung dieses Kirchengesetzes.
- (2) Die Gliedkirchen erlassen für ihren Bereich Bestimmungen zur Ergänzung und zur Durchführung dieses Kirchengesetzes.
- (3) Soweit personenbezogene Daten von staatlichen oder kommunalen Stellen sowie von Sozialleistungsträgern übermittelt werden, gelten zum Schutz dieser Daten ergänzend die bundesrechtlichen Bestimmungen entsprechend.

§ 12

Daten außerhalb von Dateien

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erläßt durch Rechtsverordnung nach Anhörung des Diakonischen Rates mit Zustimmung der Kirchenkonferenz zur Wahrung des Sozialgeheimnisses Bestimmungen über den Schutz von personenbezogenen Daten außerhalb von Dateien.

§ 13

Inkrafttreten

- (1) Dieses Kirchengesetz tritt mit Wirkung für die Evangelische Kirche in Deutschland am 1. Januar 1978 in Kraft.
- (2) Das Kirchengesetz tritt mit Wirkung für die Gliedkirchen in Kraft, wenn alle Gliedkirchen ihr Einverständnis erklärt haben. Jede Gliedkirche kann es für ihren Bereich zu einem früheren Zeitpunkt in Geltung setzen.

Erläuterungen des EOK zu vorstehendem Gesetz:

Das landeskirchliche Gesetz über die Zustimmung zum Kirchengesetz der Evang. Kirche in Deutschland über den Datenschutz vom 6. 4. 1978 (GVBl. S. 91) führte zur Übernahme des Kirchengesetzes (der EKD) über den Datenschutz vom 10. Nov. 1977. Die Materie des Datenschutzes wurde inzwischen von allen Gliedkirchen entsprechend dem Kirchengesetz der EKD vom 10. Nov. 1977 geregelt.

Die 6. Synode der Evang. Kirche in Deutschland hat auf ihrer 7. Tagung aufgrund von Art. 10 Buchst. a der Grundordnung das „Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über den Datenschutz vom 10. Nov. 1977“ beschlossen. Das Gesetz ist inzwischen mit der Neufassung des „Kirchengesetzes über den Datenschutz i. d.F. vom 7. Nov. 1984“ veröffentlicht (ABL. EKD S. 507).

Gemäß Art. 10 Buchst. a der Grundordnung der EKD kann die Evang. Kirche in Deutschland gesetzliche Bestimmungen mit Wirkung für die Gliedkirchen erlassen für solche Sachgebiete, die im Bereich der Evang. Kirche in Deutschland bereits einheitlich geregelt waren. Aufgrund dieser Bestimmung ist ein weiteres landeskirchliches Gesetz über die Zustimmung zur Neufassung des Kirchengesetzes der EKD über den Datenschutz nicht erforderlich. Vielmehr bedarf es lediglich einer Bekanntmachung der Neufassung des Kirchengesetzes der EKD.

Zum Änderungsgesetz ist im wesentlichen anzumerken:

- 1. Anlaß für eine Überarbeitung und Neufassung des Kirchengesetzes der EKD über den Datenschutz war die lange umstrittene Frage, ob das Kirchengesetz unmittelbar auch auf die diakonischen Rechtsträger Anwendung finden kann. Diese Frage ist in der Neufassung des Gesetzes (§ 1 Abs. 1) so geregelt, daß es den privatrechtlich organisierten kirchlichen Werken und Einrichtungen ausdrücklich ermöglicht ist, die kirchliche Datenschutzgesetzgebung unmittelbar anzuwenden. Damit werden diese Einrichtungen den der Aufsicht der Landeskirche unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen insoweit gleichgestellt.
- 2. § 7, der anstelle des bisherigen § 6 tritt, bringt eine Ergänzung der bisherigen Regelung über den Datenschutzbeauftragten. Die Landeskirche kann danach bestimmen, daß für den diakonischen Bereich ein besonderer Beauftragter für den Datenschutz bestellt wird. Unter Vorwegnahme dieser abzusehenden EKD-Regelung ist durch eine Vereinbarung mit dem Diakonischen Werk ein besonderer Datenschutzbeauftragter für den diakonischen Bereich eingesetzt worden. Einer besonderen vertraglichen Regelung bedarf diese Materie künftig allerdings nicht mehr.
- 3. Neu ist die nach § 7 Abs. 7 außerhalb der unmittelbaren kirchlichen Behörden und Dienststellen vorgesehene Einführung eines **Betriebs**beauftragten für den Datenschutz. Sein Aufgabenbereich läßt sich mit der Definition des Gesetzes (§ 7 Abs. 7 Satz 2) hinreichend genau umschreiben, indem die Einhaltung der Bestimmungen über den Datenschutz und die Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für den Datenschutz sicherzustellen sind. Die Forderung des

Gesetzes nach der Beauftragung eines Betriebsbeauftragten für alle kirchlichen Werke und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit erscheint im Hinblick auf § 7 Abs. 7 Satz 3, wonach für mehrere Werke und Einrichtungen ein gemeinsamer Betriebsbeauftragter bestellt werden kann, grundsätzlich vertretbar. Näheres hierzu wird in der demnächst zu erwartenden Verordnung der EKD zur Ergänzung und Durchführung des Kirchengesetzes über den Datenschutz geregelt. Bis zum Erlass dieser Verordnung bleiben i. ü. die vorläufigen Richtlinien für den Datenschutz vom 27. 9. 1983 (GVBl. S. 149) in Kraft.

4. In § 11 des Gesetzentwurfs wird zur Klarstellung die Anwendbarkeit der bundesrechtlichen Datenschutzbestimmungen bei Übermittlung personenbezogener Daten von staatlichen oder kommunalen Stellen sowie von Sozialleistungsträgern dargestellt.
5. Zur Wahrung des Sozialgeheimnisses sieht das Gesetz (§ 12) die Möglichkeit vor, daß der Rat der EKD durch Rechtsverordnung Bestimmungen über den Schutz von personenbezogenen Daten außerhalb von Dateien erläßt.

OKR 11. 2. 1985
Az. 21/513, 21/514

**Änderungstarifverträge zum
BAT und zum MTL II sowie
zu den Zuwendungstarifverträgen**

Auf nachstehend aufgeführte Tarifverträge, die nach Maßgabe der AR-HAng vom 3. 5. 1973 (GVBl. S. 47) und der AR-Arb vom 8. 3. 1975 (GVBl. S. 25) auch auf die Dienst- und Vergütungsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter im Bereich der Evang. Landeskirche in Baden entsprechend Anwendung finden, wird hingewiesen:

1. 52. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 31. August 1984 - Anlage 1 -
2. Änderungstarifvertrag Nr. 40 zum MTL II vom 31. August 1984 - Anlage 2 -
3. Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 31. August 1984 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte - Anlage 3 -
4. Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 31. August 1984 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder - Anlage 4 -
5. 53. Tarifvertrag zur Änderung des Bundesangestelltentarifvertrages vom 12. Dezember 1984 - Anlage 5 -
6. Änderungstarifvertrag Nr. 41 zum MTL II vom 12. Dezember 1984 - Anlage 6 -

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß danach das Arbeitsverhältnis bei der Gewährung einer Zeitrente nach dem ab 1. Januar 1985 geltenden Recht nicht mehr endet, sondern mit allen Rechten und Pflichten ruht (vgl. § 1 Nr. 4 Buchst. a) des 52. Änderungstarifvertrages zum BAT bzw. § 1 Nr. 4 Buchst. a), bb) des Änderungstarifvertrages Nr. 40 zum MTL II.

Anlage 1

**52. Tarifvertrag
zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages**

Vom 31. August 1984

§ 1 Änderung des BAT

Der Bundes-Angestelltentarifvertrag vom 23. Febr. 1961, zuletzt geändert durch den 51. Tarifvertrag zur Änderung des BAT vom 20. Juni 1983, wird wie folgt geändert:

1. In § 41 Abs. 1 werden die Worte „beurlaubt ist“ durch die Worte „beurlaubt gewesen ist und dessen Arbeitsverhältnis zur Zeit seines Todes nicht nach § 59 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 5 geruht hat“ ersetzt.
2. § 48 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 Satz 1 werden nach den Worten „§ 50 Abs. 2“ die Worte „oder eines Ruhens des Arbeitsverhältnisses nach § 59 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 5“ eingefügt.
 - b) Dem Absatz 5 wird der folgende Satz angefügt:
„Satz 2 gilt nicht, wenn der Urlaub nach Absatz 3 zu vermindern ist.“
3. In § 51 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „endet“ die Worte „wenn das Arbeitsverhältnis nach § 59 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 zum Ruhen kommt“ eingefügt.
4. § 59 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 Unterabs. 1 werden die folgenden Sätze angefügt:
„Das Arbeitsverhältnis endet nicht, wenn nach dem Bescheid des Rentenversicherungsträgers eine Rente auf Zeit (§ 53 AVG, § 1276 RVO, § 72 RKG) gewährt wird. In diesem Falle ruht das Arbeitsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten von dem Tage an, der auf den nach Satz 1 oder 3 maßgebenden Zeitpunkt folgt, bis zum Ablauf des Tages, bis zu dem die Zeitrente bewilligt ist, längstens jedoch bis zum Ablauf des Tages, an dem das Arbeitsverhältnis endet.“
 - b) Dem Absatz 2 wird der folgende Satz angefügt:
„Absatz 1 Unterabs. 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend.“
 - c) In Absatz 4 werden die Worte „oder wegen Erwerbsunfähigkeit auf Zeit“ gestrichen.
 - d) Absatz 5 Satz 2 wird gestrichen.
 - e) Es wird die folgende Protokollnotiz angefügt:
„Protokollnotiz zu Absatz 1 und 2
Absatz 1 Unterabs. 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend für den in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versicherten Angestellten, dessen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit nach Absatz 1 Unterabs. 2 durch Gutachten des Amtsarztes festgestellt worden ist, wenn er von einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung im Sinne des § 7 Abs. 2 AVG eine Rente auf Zeit erhält.“
5. § 62 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe g wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

b) Es wird der folgende Buchstabe h angefügt:

„h) dem Angestellten aufgrund Satzung, Gesetzes, Tarifvertrages oder sonstiger Regelung im Falle des Ausscheidens vor Eintritt eines Versicherungsfalles im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung eine Versorgungsrente oder vergleichbare Leistung gewährt wird oder die Anwartschaft auf eine dieser Leistungen gesichert ist“.

6. Nr. 9 a SR 2 e 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Buchst. b werden die folgenden Sätze angefügt:

„Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach § 97 c oder § 97 d der Satzung der VBL ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert.“

b) In Absatz 5 Satz 1 werden nach den Worten „die im Kalendermonat des Beginns der Rente der VBL“ die Worte „- ohne Berücksichtigung des Absatzes 2 Buchst. b Satz 3 -“ eingefügt.

c) In Absatz 6 Satz 1 werden nach den Worten „die in dem auf den Sterbemonat folgenden Monat“ die Worte „- ohne Berücksichtigung des Absatzes 2 Buchst. b Satz 3 -“ eingefügt.

7. Nr. 6 SR 2 h wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Buchst. b werden die folgenden Sätze angefügt:

„Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach § 97 c oder § 97 d der Satzung der VBL ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert.“

b) In Absatz 5 Satz 1 werden nach den Worten „die im Kalendermonat des Beginns der Rente der VBL“ die Worte „- ohne Berücksichtigung des Absatzes 2 Buchst. b Satz 3 -“ eingefügt.

c) In Absatz 6 Satz 1 werden nach den Worten „die in dem auf den Sterbemonat folgenden Monat“ die Worte „- ohne Berücksichtigung des Absatzes 2 Buchst. b Satz 3 -“ eingefügt.

8. In Nr. 6 Abs. 2 Buchst. b SR 2 n werden die folgenden Sätze angefügt:

„Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach § 97 c oder § 97 d der Satzung der VBL ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert.“

9. In Nr. 4 Abs. 2 Buchst. b SR 2 x werden die folgenden Sätze angefügt:

„Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach der dem § 65 b oder dem § 65 c VersTV-G entsprechenden Vorschrift der Satzung der Zusatzversorgungseinrichtung ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert.“

§ 2 Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Anlage 2

Änderungstarifvertrag Nr. 40 zum MTL II

Vom 31. August 1984

§ 1 Änderung des MTL II

Der Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 39 zum MTL II vom 20. Juni 1983, wird wie folgt geändert:

1. In § 47 Abs. 1 werden die Worte „beurlaubt ist“ durch die Worte „beurlaubt gewesen ist und dessen Arbeitsverhältnis zur Zeit seines Todes nicht nach § 62 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 5 geruht hat“ ersetzt.

2. § 48 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 10 Satz 1 werden nach den Worten „§ 54 a“ die Worte „oder“ eines Ruhens des Arbeitsverhältnisses nach § 62 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 5“ eingefügt.

b) Dem Absatz 11 wird der folgende Satz angefügt:
„Satz 2 gilt nicht, wenn der Urlaub nach Absatz 10 Satz 1 zu vermindern ist.“

3. In § 54 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „endet“ die Worte „wenn das Arbeitsverhältnis nach § 62 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 zum Ruhen kommt“ eingefügt.

4. § 62 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird der folgende Satz 2 eingefügt:

„Der Arbeiter hat den Arbeitgeber von der Zustimmung des Rentenbescheides unverzüglich zu unterrichten.“

bb) Es werden die folgenden Sätze 4 und 5 eingefügt:

„Das Arbeitsverhältnis endet nicht, wenn nach dem Bescheid des Rentenversicherungsträgers eine Rente auf Zeit (§ 1276 RVO, § 53 AVG, § 72 RKG) gewährt wird. In diesem Falle ruht das Arbeitsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten von dem Tage an, der auf den nach Satz 1 oder 3 maßgebenden Zeitpunkt folgt, bis zum Ablauf des Tages, bis zu dem die Zeitrente bewilligt ist, längstens jedoch bis zum Ablauf des Tages, an dem das Arbeitsverhältnis endet.“

cc) Satz 6 wird durch den folgenden Unterabsatz ersetzt:

„Verzögert der Arbeiter schuldhaft den Rentenantrag oder bezieht er Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 1 RVO, § 25 Abs. 1 AVG oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 RKG oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versichert, tritt an die Stelle des Bescheides des Rentenversicherungsträgers das Gutachten eines Amtsarztes. Das Arbeitsverhältnis endet in diesem Falle mit Ablauf des Monats, in dem dem Arbeiter das Gutachten des Amtsarztes bekanntgegeben worden ist.“

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „drei“ durch das Wort „sechs“ ersetzt.
- bb) Es wird folgender Satz angefügt:
„Absatz 1 Unterabs. 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend.“
- c) In Absatz 3 werden die Worte „oder wegen Erwerbsunfähigkeit auf Zeit“ gestrichen.
- d) Absatz 5 Satz 2 wird gestrichen.
5. § 65 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Buchstabe g wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
- b) Es wird der folgende Buchstabe h angefügt:
„h) dem Arbeiter aufgrund Satzung, Gesetzes, Tarifvertrages oder sonstiger Regelung im Falle des Ausscheidens vor Eintritt eines Versicherungsfalles im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung eine Versorgungsrente oder vergleichbare Leistung gewährt wird oder die Anwartschaft auf eine dieser Leistungen gesichert ist“.
6. Der Nr. 2 Abs. 2 Buchst. b SR 2 m wird der folgende Satz angefügt:
„Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach § 97 c oder § 97 d der Satzung der VBL ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert.“
7. In der Anlage 5 wird in Nr. 1 Abs. 2 Buchst. a folgender Satz 3 eingefügt:
„Der Pauschbetrag gilt in Höhe des Siebenfachen des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes als für Arbeitsleistungen außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit gezahlt (§ 43 Abs. 1 der Satzung der VBL).“

§ 2 Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Anlage 3

Änderungstarifvertrag Nr. 2 Vom 31. August 1984

zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte

§ 1 Änderung des Tarifvertrages über eine Zuwendung für Angestellte

Der Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte vom 12. Oktober 1973, geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. November 1974, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 2 wird durch die folgenden Unterabsätze ersetzt:
„Satz 1 gilt entsprechend, wenn spätestens mit Ablauf des 30. November das Ruhen des Arbeitsver-

hältnisses nach § 59 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 BAT eintritt.

Absatz 1 gilt nicht.“

2. In § 4 Abs. 2 werden nach den Worten „des Arbeitsverhältnisses“ die Worte „bzw. bei Eintritt des Ruhens des Arbeitsverhältnisses“ eingefügt.

§ 2 Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Anlage 4

Änderungstarifvertrag Nr. 2

Vom 31. August 1984

zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder

§ 1 Änderung des Tarifvertrages

Der Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder vom 12. Oktober 1973, geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. November 1974, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 2 wird durch die folgenden Unterabsätze ersetzt:
„Satz 1 gilt entsprechend, wenn spätestens mit Ablauf des 30. November das Ruhen des Arbeitsverhältnisses nach § 62 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 MTB II/ MTL II eintritt.
Absatz 1 gilt nicht.“
2. In § 4 Abs. 2 werden nach den Worten „des Arbeitsverhältnisses“ die Worte „bzw. bei Eintritt des Ruhens des Arbeitsverhältnisses“ eingefügt.

§ 2 Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Anlage 5

53. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltarifvertrages

Vom 12. Dezember 1984

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

andererseits

...
wird folgendes vereinbart:

§ 1.

Wiederinkraftsetzen von Vorschriften des BAT

Die §§ 15, 16, 16 a und 17 BAT sowie die Sonderregelungen hierzu und § 48 Abs. 1 BAT werden wieder in Kraft gesetzt.

§ 2

Änderung des BAT

Der Bundes-Angestellentarifvertrag vom 23. Februar 1961, zuletzt geändert durch den 52. Tarifvertrag zur Änderung des BAT vom 31. August 1984, wird wie folgt geändert:

I.

Vom 1. Januar 1985 an:

1. Es wird der folgende § 15 a eingefügt:

„§ 15 a

Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage

(1) Der Angestellte, der zu Beginn des Kalenderjahres das 58. Lebensjahr vollendet hat, wird in jeden Kalenderhalbjahr an einem Arbeitstag (§ 48 Abs. 4 Unterabs. 1) unter Zahlung der Urlaubsvergütung von der Arbeit freigestellt. Der neueingestellte Angestellte erwirbt den Anspruch auf Freistellung erstmals, wenn das Arbeitsverhältnis fünf Monate ununterbrochen bestanden hat. Die Dauer der Freistellung beträgt höchstens ein Fünftel der für den Angestellten geltenden durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit.

(2) Die Freistellung von der Arbeit soll grundsätzlich nicht unmittelbar vor oder nach dem Erholungsurlaub erfolgen.

(3) Wird der Angestellte an dem für die Freistellung vorgesehenen Tag aus dienstlichen bzw. betrieblichen Gründen zur Arbeit herangezogen, ist die Freistellung innerhalb desselben Kalenderhalbjahres nachzuholen. Ist dies aus dienstlichen bzw. betrieblichen Gründen nicht möglich, ist die Freistellung innerhalb der ersten zwei Monate des folgenden Kalenderhalbjahres nachzuholen.

Eine Nachholung in anderen Fällen ist nicht zulässig.

(4) Der Anspruch auf Freistellung kann nicht abgegolten werden.“

2. Die Protokollnotiz Nr. 4 zu § 47 Abs. 2 enthält die folgende Fassung:

„4. Bei Anwendung der Unterabsätze 3 und 4 stehen dem Beginn des Urlaubs gleich

- a) ein freier Tag nach § 15 a,
- b) der Zeitpunkt, von dem an nach § 37 Krankenbezüge zu zahlen sind,
- c) der Beginn eines Sonderurlaubs nach § 50 Abs. 1,
- d) der Erste des Kalendermonats nach dem die Zuwendung nach dem Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte zu bemessen ist.“

3. § 74 Abs. 2 Unterabs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Buchstabe a werden nach der Zahl „15,“ die Zahl „15a,“ eingefügt und das Datum „30. September

1980“ durch das Datum „31. Dezember 1987“ ersetzt.

- b) In Buchstabe c wird das Datum „31. Dezember 1981“ durch das Datum „31. Dezember 1987“ ersetzt.

4. Nr. 4 SR 2 b wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält die folgende Fassung:
„Zu §§ 15 und 15 a – Regelmäßige Arbeitszeit – Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage –“
- b) Dem Absatz 1 Unterabs. 2 wird der folgende Satz angehängt:
„Die Freistellung nach § 15 a ist in der Regel während der Schulferien zu gewähren.“

5. In die SR 2 e 1 wird die folgende Nr. 4 a eingefügt:

„Nr. 4 a

Zu § 15a – Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage –
Für die Angestellten, deren Arbeitszeit nach Nr. 5 Abs. 5 geregelt ist, ist die Freistellung nach § 15 a durch entsprechende Schichtenteilung zu berücksichtigen.“

6. In die SR 2 f I wird die folgende Nr. 3 a eingefügt:

„Nr. 3 a

Zu § 15a – Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage –
Für die Angestellten, deren Arbeitszeit nach Nr. 3 Abs. 2 Unterabs. 1 geregelt ist, ist die Freistellung nach § 15 a durch entsprechende Schichtenteilung zu berücksichtigen.“

7. In die SR 2 f II wird die folgende Nr. 3 a eingefügt:

„Nr. 3 a

Zu § 15a – Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage –
Durch Gewährung der Freizeit nach Nr. 3 Abs. 3 ist die Freistellung nach § 15 a abgegolten.“

8. Der Nr. 4 SR 2 k wird der folgende Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die Freistellung nach § 15 a für das Kalenderhalbjahr, in das Theaterferien fallen, ist in der Regel während der Theaterferien zu gewähren.“

II.

Vom 1. Januar 1986 an:

1. In § 15 a Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „58“ durch die Zahl „50“ ersetzt.
2. In § 48 Abs. 1 wird in der Tabelle die Zahl „28“ durch die Zahl „29“ ersetzt.

III.

Vom 1. Januar 1987 an:

In § 15 a Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „, der zu Beginn des Kalenderjahres das 50. Lebensjahr vollendet hat,“ gestrichen.

§ 3

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Anlage 6**Änderungstarifvertrag Nr. 41 zum MTL II**

Vom 12. Dezember 1984

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes,
einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr
- Hauptvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1**Wiederinkraftsetzen von Vorschriften des MTL II**

Die §§ 15 bis 19 MTL II und die Sonderregelungen hierzu sowie § 48 Abs. 7 und die Sonderregelungen hierzu werden wieder in Kraft gesetzt.

§ 2**Änderung des MTL II**

Der Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 40 zum MTL II vom 31. August 1984, wird wie folgt geändert:

I.

Vom 1. Januar 1985 an:

1. Es wird der folgende § 15 a eingefügt:

„§ 15 a**Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage**

(1) Der Arbeiter, der zu Beginn des Kalenderjahres das 58. Lebensjahr vollendet hat, wird in jedem Kalenderhalbjahr an einem Arbeitstag (§ 48 Abs. 8 Unterabs. 1) unter Zahlung des Urlaubslohnes von der Arbeit freigestellt. Der neu eingestellte Arbeiter erwirbt den Anspruch auf Freistellung erstmals, wenn das Arbeitsverhältnis fünf Monate ununterbrochen bestanden hat. Die Dauer der Freistellung beträgt höchstens ein Fünftel der für den Arbeiter geltenden durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit.

(2) Die Freistellung von der Arbeit soll grundsätzlich nicht unmittelbar vor oder nach dem Erholungsurlaub erfolgen.

(3) Wird der Arbeiter an dem für die Freistellung vorgesehenen Tag aus dienstlichen bzw. betrieblichen Gründen zur Arbeit herangezogen, ist die Freistellung innerhalb desselben Kalenderhalbjahres nachzuholen. Ist dies aus dienstlichen bzw. betrieblichen Gründen nicht möglich, ist die Freistellung innerhalb der ersten zwei Monate des folgenden Kalenderhalbjahres nachzuholen.

Eine Nachholung in anderen Fällen ist nicht zulässig.

(4) Der Anspruch auf Freistellung kann nicht abgegolten werden.“

2. In § 19 Abs. 3 Unterabs. 1 werden nach dem Wort „Krankheitstag“ ein Komma und die Worte „Tag einer Freistellung nach § 15 a“ eingefügt.

3. In der Protokollnotiz zu § 30 Abs. 2 und 3 werden in Satz 2 nach dem Wort „Arbeitsbefreiung,“ die Worte „Tagen einer Freistellung nach § 15 a,“ eingefügt.

4. Die Protokollnotiz zu § 48 Abs. 3 Unterabs. 2 enthält die folgende Fassung:

„Protokollnotiz zu Absatz 3 Unterabs. 2

Dem Beginn des Urlaubs stehen gleich

- a) ein freier Tag nach § 15 a,
- b) der Zeitpunkt, von dem an nach den §§ 42 und 42 a Krankenbezüge zu zahlen sind,
- c) der Erste des Kalendermonats, nach dem die Zuwendung nach dem Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder zu bemessen ist.“

5. § 76 Abs. 2 Unterabs. 2 werden in Buchstabe a das Datum „30. September 1980“ und in Buchstabe c das Datum „31. Dezember 1981“ jeweils durch das Datum 31. Dezember 1987“ ersetzt.

6. In die SR 2 c wird die folgende Nr. 4 a eingefügt:

„Nr. 4 a

Zu § 15a – Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage –
Für die Arbeiter, deren Arbeitszeit nach Nr. 4 Abs. 1 Unterabs. 2 geregelt ist, ist die Freistellung nach § 15 a durch entsprechende Schichtenteilung zu berücksichtigen.“

7. In die SR 2 g wird wie folgt geändert:

a) Es wird die folgende Nr. 3 a eingefügt:

„Nr. 3 a

Zu § 15a – Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage –
Die Freistellung nach § 15 a für das Kalenderhalbjahr, in das Theaterferien fallen, ist in der Regel während der Theaterferien zu gewähren.“

b) Die Protokollnotiz zu Nr. 7 Abs. 2 Unterabs. 2 erhält die folgende Fassung:

„Protokollnotiz zu Absatz 2 Unterabs. 2

Dem Beginn des Urlaubs stehen gleich

- a) ein freier Tag nach § 15 a,
- b) der Zeitpunkt, von dem an nach den §§ 42 und 42 a Krankenbezüge zu zahlen sind,
- c) der Erste des Kalendermonats nach dem die Zuwendung nach dem Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder zu bemessen ist.“

8. Die SR 2 I wird wie folgt geändert:

a) Der Nr. 4 wird folgende Protokollnotiz angefügt:

„Protokollnotiz

Die Tarifvertragsparteien haben die Stundengrenzen von 84 bzw. 168 Stunden mit Rücksicht auf die Erfordernisse der Dienstplangestaltung unverändert gelassen. Nach ihrer übereinstimmenden Auffassung sollen die Arbeitszeitverkürzung ab 1. Januar 1969, 1. Januar 1971 und 1. Oktober 1974 im Jahresdurchschnitt berücksichtigt werden.“

b) Es wird die folgende Nr. 4 a eingefügt:

„Nr. 4 a

Zu § 15a – Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage
Für die Arbeiter, deren Arbeitszeit nach Nr. 4 geregelt ist, ist die Freistellung nach § 15 a durch entsprechende Schichtenteilung zu berücksichtigen.“

9. Die Anlage 4 Abschn. „Dazu in den Ländern:“ wird wie folgt geändert:

a) In Unterabschnitt „Bremen“ werden in Buchstabe b nach dem Wort „Maschinisten“ ein Komma und die Worte „Elektriker, Schlosser“ eingefügt.

b) In Unterabschnitt „Nordrhein-Westfalen“ wird nach der Überschrift des Unterabschnitts die Position

„Arbeiter im Bereich der Klimaanlage und der dazugehörigen Systeme der medizinischen Fakultät der Technischen Hochschule Aachen.“

eingefügt.

II.

Vom 1. Januar 1986 an:

- 1. In § 15 a Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „58“ durch die Zahl „50“ ersetzt.
- 2. In § 48 Abs. 7 wird die Zahl „28“ durch die Zahl „29“ ersetzt.

III.

Vom 1. Januar 1987 an:

In § 15 a Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „, der zu Beginn des Kalenderjahres das 50. Lebensjahr vollendet hat,“ gestrichen.

§ 3

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

OKR 12. 3. 1985
Az. 22/1161-1123

Erste theologische Prüfung im Frühjahr 1985 und praktisch-theologische Ausbildung

Die nachgenannten 18 Kandidaten/Kandidatinnen, welche im Frühjahr 1985 die erste theologische Prüfung bestanden haben, werden auf ihren Antrag mit Wirkung vom 1. April 1985 in das Lehrvikariat der Evangelischen Landeskirche in Baden aufgenommen.

- Behle, Elisabeth, aus Neuenburg
- Eber, Jochen, aus Pforzheim
- Grab, Martin, aus Neckarelz
- Heimburger, Rainer, aus Engen
- Keller, Andrea, aus Hückeswagen
- Koch, Eberhard, aus Heidelberg
- Lauter, Christoph, aus Mannheim
- Metzger, Dagmar, aus Pforzheim
- Noeske, Christian, aus Düsseldorf
- Rödszus-Hecker, Marita, aus Berlin

- Schillinger, Traugott, aus Friesenheim
- Schneider, Rita, aus Sulzfeld
- Schwendemann, Wilhelm, aus Friedrichshafen
- Stahlmann, Matthias, aus Mannheim
- Stockburger, Bernd, aus St. Georgen
- Tröndle, Theodor, aus Müllheim
- Weiß, Rolf, aus Pforzheim
- Winterbauer, Klaus, aus Heidelberg

Außerdem werden mit Wirkung vom 1. April 1985 die Kandidatinnen:

- Lemmer, Christine, aus Heidelberg und
- Seibert, Gabriele, aus Eberbach,

die im Sommer 1984 die erste theologische Prüfung bestanden haben, in das Lehrvikariat aufgenommen.

Die erste theologische Prüfung im Frühjahr 1985 haben weiter bestanden die Kandidaten:

- Kinzig, Wolfram, aus Mannheim und
- Mayer, Ulrich, aus Neckarbischofsheim.

OKR 27. 3. 1985
Az. 22/13-1782

Zweite theologische Prüfung im Frühjahr 1985 und Aufnahme unter die Pfarrvikare/Pfarrvikarinnen der Evang. Landeskirche in Baden

Die nachgenannten 18 Kandidaten/Kandidatinnen, welche die zweite theologische Prüfung im Frühjahr 1985 bestanden haben, werden auf ihren Antrag mit Wirkung vom 1. April 1985 unter die Pfarrvikare/Pfarrvikarinnen der Evang. Landeskirche aufgenommen:

- Auffahrt, Renate, aus Karlsruhe
- Bader, Dietmar, aus Pforzheim
- Baßler, Walter, aus Freiburg
- Ewald-Freudenberger, Claudia, aus Heidelberg
- Förschler, Ewald, aus Freiburg
- Göbelbecker, Michael, aus Mannheim
- Knebel, Arno, aus Heyweiler/Hunsr.
- Kumpf, Herbert, aus Weinheim
- Menger, Karl, aus Mannheim
- Menzemer, Bernhard, aus Bruchsal
- Nagel, Bruno, aus Graben-Neudorf
- Nagel, Ulla, aus Heidelberg
- Odaischi, Ines, aus Herrnhut
- Schuh, Ruthild, aus Hockenheim
- Stauch, Gerd August, aus Boxberg
- Staufenberger, Doris, aus Mannheim
- Sutter, Reinhard, aus Freiburg
- Vogel, Christiane, aus Berlin

Außerdem haben die Kandidatin/der Kandidat Abel, Barbara, aus Stuttgart und Makarinus, Jörg, aus Nordhausen/Harz die zweite theologische Prüfung bestanden.

LB 20. 3. 1985
Az. 22/1174

**Ordnung
der theol. Prüfungen,**

hier:

**Berufung in den
Beschwerdeausschuß**

Für die Dauer der allgemeinen Wahlperiode der kirchlichen Körperschaften (d.i. für die Jahre 1985/91) wurde der nach § 15 der Ordnung der theol. Prüfungen vom 28. 9. 1984 (GVBl. S. 189) für Beschwerden von Kandidaten der Theologie gegen Entscheidungen der Prüfungskommission zuständige Beschwerdeausschuß wie folgt gebildet:

1. synodale Mitglieder:

Pfarrer Dr. Albert Schäfer in Weinheim

Vertr.: Pfarrer Johannes Stockmeier in Wertheim

Vizepräsident des AG a. D. Dr. Hans Gessner
in Schwetzingen

Vertr.: Vizepräsident des OLG a. D. August Herb
in Karlsruhe

Ministerialdirigent a. D. Prof. Dr. Christian Götsching
in Freiburg

Vertr.: Lehrbeauftragte Dr. Helga Gilbert
in Karlsruhe

2. rechtskundiges Mitglied des Evang. Oberkirchenrats:

Oberkirchenrat Gottfried Ostmann in Karlsruhe

Vertr.: Oberkirchenrat Dr. Gerhard v. Negenborn
in Karlsruhe

3. ordentl. Professor:

Prof. Dr. Theo Sundermeier in Heidelberg

Vertr.: Prof. Dr. Karl Christian Felmy in Heidelberg.

OKR 25. 3. 1985
Az. 71/21

**Beurlaubung
von Lehrern und Schülern
zum Deutschen
Evangelischen Kirchentag**

Nachstehend geben wir den Wortlaut der Bekanntmachung des Ministeriums für Kultus und Sport Baden-Württemberg vom 13. 4. 1981 Az. IV-1-2009/112; V 5007/30 betr. Beurlaubung von Lehrern und Schülern für den Deutschen Evangelischen Kirchentag und den Deutschen Katholikentag bekannt:

„1. Nach § 11 Abs. 1 Buchst. c Urlaubsverordnung i. d. F. vom 14. 2. 1973 (GBl. S. 62) in Verbindung mit Nr. 9 Buchst. g der Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums zur Durchführung des Landesbeamtengesetzes (zu § 105 vom 2. 2. 1976 (GBl. S. 501) bzw. § 52 Abs. 3 BAT können Lehrer für die Teilnahme an den Veranstaltungen des Evangelischen Kirchentages und des Deutschen Katholikentages bis zu drei Urlaubstagen beurlaubt werden.

2. Nach § 4 Abs. 1 und 3 Schulbesuchsverordnung können Schüler in besonders begründeten Ausnahmefällen vom Besuch der Schule beurlaubt werden.

Das Ministerium für Kultus und Sport geht davon aus,

daß Lehrer und Schüler von den für die Beurlaubung Zuständigen für die Teilnahme an den Veranstaltungen des Evangelischen Kirchentages und des Deutschen Katholikentages beurlaubt werden, sofern keine dienstlichen bzw. pädagogischen Gründe entgegenstehen.“

OKR 21. 3. 1985
Az. 81/471

Sammlung der Diakonie

1. Die **Sammlung der Diakonie** („Opferwoche“) findet in der Zeit vom **30. Juni zum 7. Juli 1985** statt, und zwar als **Haussammlung** in der Zeit vom 30. Juni bis 7. Juli 1985 und als **Straßensammlung** vom 5. bis 7. Juli 1985. Diese Sammlung wurde vom Regierungspräsidium Tübingen mit Bescheid vom 9. Oktober 1984 unter der Nummer 64-4/002-21/85 als öffentliche Sammlung genehmigt; die dabei gemachten Verfahrensvorschriften werden den Kirchengemeinden noch gesondert mitgeteilt.
2. Die Sammlung steht unter dem **Leitwort** „**Weil jeder den anderen braucht**“. Die Schwerpunktprojekte der Sammlung umfassen Hilfemaßnahmen und -angebote für Arbeitslose, für psychisch Kranke, für alte und pflegebedürftige Menschen, für Behinderte sowie für Umsiedler, Asylanten und Ausländer. Informationen dazu sowie über die Sammlung und Materialien für ihre Vorbereitung, Werbung und Durchführung erhalten die Pfarrämter vom Diakonischen Werk, das auch die Abrechnungsunterlagen versendet.
3. Die Kirchengemeinden sind **verpflichtet**, die Sammlung der Diakonie (Haus- und Straßensammlung) durchzuführen. Dabei sollen auch die Termine eingehalten werden. Wenn eine Gemeinde triftige Gründe hat, die Sammlung nicht oder zu einem **anderen Termin** durchzuführen, muß Rücksprache mit dem zuständigen Dekan und dem Evang. Oberkirchenrat genommen werden, um zu einer angemessenen Regelung zu kommen.
4. Bei der **Abrechnung** beachten Sie bitte folgendes Verfahren:
 - Bei der **Haus-, Straßen- und Firmensammlung** können vom Gesamtergebnis bis zu 15 Prozent von der Kirchengemeinde für diakonische Aufgaben der Gemeinde einbehalten werden. Der Restbetrag wird unmittelbar nach der Sammlung, spätestens jedoch am **23. September 1985**, unter Beifügung einer genauen Aufstellung an das Dekanat bzw. Rechnungsamt überwiesen.
 - Von diesem Ergebnis können die Kirchenbezirke bis zu 5 Prozent für die von den Diakonischen Werken der Kirchenbezirke wahrgenommenen diakonischen Aufgaben einbehalten. Soweit Diakonieverbände die Finanzmittel der Diakonischen Werke zentral und ausschließlich verwalten, sind die Kirchenbezirke für die entsprechende Abführung des Betrags verantwortlich.
 - Die Restsumme führen die Dekanate bzw. Rechnungsämter bis zum 30. November 1985 an die Landeskirchenkasse ab. Sie fügen Ihrer Abrechnung eine Aufschlüsselung bei.